



SPD Fraktionsbüro
Meerbusch
<spd-meerbusch@gmx.de>

12.11.2016 17:32

An "Heidbreder-Thören Beate"

<beate.heidbreder-thoeren@meerbusch.de>,

Kopie "News 89,4" <redaktion@news894.de>, "Meerbuscher
Nachrichten" <redaktion@meerbuscher-nachrichten.de>,
"NGZ Meerbusch" <redaktion@ngz-online.de>,

Blindkopie

Thema Anträge

1 Anhang



Anträge Haushaltsberatungen 2017.pdf

Sehr geehrte Frau Heidbreder-Thören,

in der Anlage übersenden wir Ihnen die Anträge zur Haushaltsberatung mit der Bitte und Bearbeitung
und Weiterleitung.

Mit freundlichen Grüßen
Inge Goebels

SPD Meerbusch
Fraktionsbüro
Bommershöfer Weg 2 - 8
40670 Meerbusch
Tel.: 02159-911269
Fax: 02159-911369
SPD-Meerbusch@gmx.de

Änderungsantrag Haushaltsentwurf 2017
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss
am 01. Dezember 2016

Fraktion SPD

Änderung für Produkt (bitte ankreuzen) auf Seite 137 im Haushaltsentwurf 2017

- | | |
|---|---|
| ☐ 010.111.010 Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat | ☒ 010.111.140 Techn. Gebäudemanagement |
| ☐ 010.111.020 Verwaltungsleitung | ☐ 010.111.150 Infr. u. Kfm.-Gebäudemgmt. |
| ☐ 010.111.030 Gleichstellung | ☐ 020.122.010 Öfft. Sicherheit u. Ordnung |
| ☐ 010.111.040 Öffentlichkeitsarbeit/Stadtmarke. | ☐ 020.122.030 Bürgerservice u. Wahlen |
| ☐ 010.111.050 Beschäftigtenvertretung | ☐ 020.122.040 Personenstandswesen |
| ☐ 010.111.060 Prüfung und Beratung | ☐ 020.126.010 Feuerschutz |
| ☐ 010.111.070 Zentr. Lstg., Orga- u. Stadtarchiv | ☐ 150.571.010 Wirtschaftsförderung |
| ☐ 010.111.090 Personalwirtschaft u. -entwickl. | ☐ 150.573.010 Kommunale Beteiligungen |
| ☐ 010.111.100 Finanzmanagement | ☐ 150.573.020 Märkte |
| ☐ 010.111.110 Geschäftsbuchhaltung, Zahlungsverkehr, Vollstreckung | ☐ 160.411.010 Krankenhäuser |
| ☐ 010.111.120 Service DV-Management und Telekommunikation | ☐ 160.611.010 Allgemeine Finanzwirtschaft |
| ☐ 010.111.130 Rechts- u. Schadensangelegenheiten, Datenschutz | ☐ 160.612.010 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft |

Konto und Bezeichnung (bei investiven Konten bitte Maßnahme mit angeben 010 12 105.)

Eingangsbereich Theater am Wasserturm

Änderungsantrag

Erhöhung der Haushaltsstelle um 200.000 €

Veränderung (bitte neuen Ansatz angeben)

2017	200.000 €		
2018		VE 2018	
2019		VE 2019	
2020		VE 2020	
Spätere Jahre		VE spätere Jahre	
☐ Sperrvermerk (ggfs. ankreuzen)			
Freigabe durch: ☐ Fachausschuss ☐ HFWA ☐ Rat			

Begründung

Die Notwendigkeit der Überdachung wurde sowohl im Bau- und Umweltausschuss als auch im Kulturausschuss diskutiert. Um die Attraktivität des Theaters am Wasserturm zu erhöhen und den Besuchern eine Unterstellmöglichkeit zu Beginn und in den Pausen zu bieten, ist dies Maßnahme notwendig. Ebenso ist eine angemessene Platzgestaltung erforderlich.

N. Bedwala-Streuer

fr. Alkenha-



Anja
Flintrop/intern/Meerbusch/D
E

14.11.2016 09:25

An Beate

Kopie Heidbreder-Thoeren/intern/Meerbusch/DE@meerbusch,
Frank Maatz/intern/Meerbusch/DE@meerbusch, Peter
Annacker/intern/Meerbusch/DE@meerbusch, Birgit
Smitmans/intern/Meerbusch/DE@meerbusch

Blindkopie

Thema Antrag des Integrationsrates zum Haushalt 2017

Guten Morgen Frau Heidbreder-Thören,

anbei, wie telefonisch besprochen, der Antrag des Integrationsrates zum Haushalt 2017 zwecks
Weiterleitung und Genehmigung.



Antrag Mitgliedsbeitrag ECCAR.pdf Anlage 1.pdf



Anlage 2.pdf

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anja Flintrop

Stadt Meerbusch - Die Bürgermeisterin
Soziale Hilfen und Jugend
Bommershöfer Weg 2-8, 40670 Meerbusch - Osterath

Telefon: 02159 - 916 529
Telefax: 02159 - 916 39 529
Mobil:

<mailto:anja.flintrop@meerbusch.de>
<http://www.meerbusch.de>

Schonen Sie die Umwelt - Überlegen Sie, ob diese Mail wirklich ausgedruckt werden muss.

Stadt Meerbusch · Postfach 16 64 · 40641 Meerbusch

Stadt Meerbusch
Die Bürgermeisterin
Dorfstr. 20

40667 Meerbusch



STADT MEERBUSCH

DER INTEGRATIONS RAT

11.11.2016

Antrag zum Haushalt 2017: Haushaltsprodukt 100 010 111 010, Sachkonto Geschäftsaufwendungen/ Mitgliedsbeiträge 5431 0000

Sehr geehrte Frau Mielke-Westerlage,

der Integrationsrat der Stadt Meerbusch beantragt i.R. des Haushalts für das Jahr 2017:

Es wird ein Betrag in Höhe von 500 € als Mitgliedsbeitrag für die Teilnahme an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR e.V.) in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Der IR hat in seiner Sitzung vom 08.11.2016 einen Beitritt der Stadt Meerbusch zu der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus diskutiert, mit dem Resultat, dass im Laufe des Jahres 2017 eine Empfehlung zum Beitritt der Stadt Meerbusch in diese Städtekoalition an den Rat erfolgen soll. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 500 €. Der Integrationsrat hat daher in seiner oben genannten Sitzung einstimmig beschlossen, bereits jetzt die Einstellung dieses Betrages in den kommenden Haushalt zu beantragen.

Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus ist ein Netzwerk von Städten, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Es geht insbesondere darum, im Rahmen der Bemühungen zur Integration auch geeignete Maßnahmen gegen Rassismus zu entwickeln.

Da es im Hinblick auf den Beitritt zu der Europäischen Städtekoalition einer Diskussion in den Fraktionen und politischen Gremien der Stadt bedarf, hält der Integrationsrat es für richtig, bereits jetzt die erforderlichen Mittel in den Haushalt einzustellen, damit der Beitritt im kommenden Jahr verwirklicht werden kann.

Mit freundlichem Gruß

Ingrid Maas
Vorsitzende

Anlagen

Vorläufiger Auszug

aus der Niederschrift der 13. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Meerbusch vom 08.11.2016

4 Kampagne zur Bekämpfung des Rassismus: Europäische Städtekoalition gegen Rassismus.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die Beantragung der Mittel für die Mitgliedschaft an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus in Höhe von 500 € jährlich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Maas berichtet von einer Kampagne des Integrationsrates NRW zur Bekämpfung des Rassismus durch Teilnahme an einer Städtekoalition und verweist auf eine entsprechende Tischvorlage.

Herr Focken erklärt anhand der Tischvorlage einen 10 Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene und bekräftigt die Notwendigkeit über dieses Thema zu diskutieren, da er selbst schon in Mails an den Verein „Meerbusch hilft e.V.“ mit Fremdenhass von Meerbuscher Bürgern konfrontiert worden sei. Frau Maas betont ebenfalls die Dringlichkeit und erklärt, dass bei einer Teilnahme an diesem Zusammenschluss, die Stadt Meerbusch einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500 € entrichten müsse. Auf Nachfrage von Frau Stracke-Egermann erläutert Frau Maas, dass man durch die Mitgliedschaft von Aktionen und Informationsmaterial des Bündnisses profitieren und daran teilhaben könne. Herr Focken schlägt vor, in der nächsten Sitzung über einen entsprechenden Antrag an den Rat zu diskutieren, sich diesem Bündnis als Stadt anzuschließen. Frau Maas unterstützt diesen Vorschlag und appelliert an die Ratsmitglieder im Kreis, das Thema auch in den Fraktionen zur Diskussion zu stellen. Zum Abschluss der Diskussion schlägt Frau Maas vor, die Beantragung der Mittel für den Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500 € zu beschließen.

Für die Richtigkeit des Auszuges:

Datum	Unterschrift Schriftführer/in	Bereich
11. November 2016		TB 2

**Tagesordnung****der Sitzung des Hauptausschusses des Landesintegrationsrates
Nordrhein-Westfalen****am 17.09.2016 in Münster****TOP 7****Vorstellung der Kampagne zur Bekämpfung des Rassismus:
Europäische Städtekoalition gegen Rassismus**

Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Die Städtekoalition hat bisher in 23 europäischen Ländern 123 Mitglieder. In Nordrhein-Westfalen sind Bonn, Dortmund, Herford, Köln, Siegen und Soest Mitglied der Städtekoalition.

Die Delegierten werden gebeten, das Thema mit dem angefügten Antrag in ihre Integrationsräte zu bringen.

Hintergrund:

Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ist aus Sicht des Landesintegrationsrates NRW eine dringende Aufgabe in unserer von Einwanderung geprägten Gesellschaft. Denn zahlreiche Studien belegen, dass Rassismus und Diskriminierung in der Mitte der Gesellschaft zu verorten sind und von ihnen Gefahr für das friedliche, gleichberechtigte Zusammenleben ausgeht. Die Folge davon ist, dass sich Migrantinnen und Migranten einem Klima der Angst und des Ausgesetzt finden und zunehmend Ressentiments gegen sich spüren. Somit kann der beidseitige Integrationsprozess von einer Minderheit der Ewiggestrigen entscheidend gestört werden.

Die relativ hohen Wahlergebnisse von Parteien am rechten Rand, deren Programm im Wesentlichen aus der kategorischen Ablehnung einer multikulturell verfassten Gesellschaft besteht, bestätigt eindeutig, dass der Bekämpfung des Rassismus in unserer Gesellschaft bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Trotz dieses Versäumnisses folgt nur eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler den rassistischen Ansichten dieser Parteien, während die überwältigende Mehrheit die demokratischen Parteien wählt.

Will eine Einwanderungsgesellschaft den Rassismus nachhaltig bekämpfen, muss diese Mehrheit eindeutiger als bisher gegen den Rassismus und die rechten Parteien Position beziehen. Sowohl die Migrantinnen und Migranten als auch die Herkunftsdeutschen haben die Bekämpfung des Rassismus zur gemeinsamen gesellschaftlichen Aufgabe zu machen und sie auf die kommunalpolitische Agenda zu setzen. Eine Gesellschaft, in der Vielfalt geschätzt und das gegenseitige Respektieren aller Kulturen selbstverständlich ist, kann die Kraft und die Geschlossenheit hervorbringen, um sich deutlich von Rassismus und seinen Wucherungen zu distanzieren und seine Verbreitung Einhalt zu gebieten.

Daher spielt die Bekämpfung von Rassismus in den Kommunen die wichtigste Rolle, denn in der alltäglichen Begegnung auf Augenhöhe können Ressentiments und Intoleranz wirksam beseitigt werden.

Der Landesintegrationsrat NRW empfiehlt, die Bekämpfung des Rassismus zu einer dauerhaften kommunalen Aufgabe zu erklären. Mit dem beigefügten Musterantrag soll der Integrationsrat das Thema in die Kommune einbringen und den Rat bitten, Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus zu werden. Mit der Mitgliedschaft verpflichtet sich der Rat, einen umfangreichen Aktionsplan gegen Rassismus zu entwickeln und ihn umzusetzen. An diesem Aktionsplan sollen alle kommunalen Akteure gegen Rassismus aktiv mitwirken.

Der Integrationsrat erhält in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, denn er ist einerseits als Gremium zur Interessenvertretung der Migrantinnen und Migranten besonders daran interessiert, dass in der Kommune geeignete Maßnahmen gegen Rassismus entwickelt werden. Andererseits hat er aufgrund seiner Verzahnung mit dem Rat die Möglichkeit, die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen zu begleiten.

Die Unterlagen des Antragverfahrens für die Mitgliedschaft in der Städtekoalition sowie weitere Informationen können bei der Geschäftsstelle der Städtekoalition in Potsdam angefragt werden:

Geschäftsstelle ECCAR e.V.
c/o Landeshauptstadt Potsdam
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
D-14469 Potsdam
Tel.: 0049331/289 3423
Mobile: 0049/170 5705921
FAX: 0049331/289 3430
ECCAR@Rathaus.Potsdam.de
www.eccar.info

Anlagen

Anlage 7.1: Musterantrag

Anlage 7.2: Der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene

**MUSTERANTRAG zur europäischen Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus
des Landesintegrationsrates NRW zur Verabschiedung im Integrationsrat der Stadt XXX**

**MUSTERANTRAG zur europäischen Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus
des Landesintegrationsrates NRW zur Verabschiedung im Integrationsrat der Stadt XXX**

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat bittet den Rat Folgendes zu beschließen:

- Der Rat der Stadt XXX nimmt die Empfehlung des Integrationsrates zur Teilnahme an der Städte-Koalition der UNESCO gegen Rassismus an und beauftragt die Verwaltung, einen Beitrittsantrag an den Lenkungsausschuss zu erarbeiten.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Maßnahmenkatalog für die Stadt XXX, der auf dem gemeinsamen Zehn-Punkte-Aktionsplan basiert, zu entwickeln.
- Der Vertreter der Stadt XXX in der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus wird vom Integrationsrat benannt.

Begründung:

Zahlreiche Untersuchungen machen deutlich, dass rassistische Einstellungen, Rechtsextremismus und -populismus sowie die Islamfeindlichkeit bis weit hinein in die so genannte Mitte der Gesellschaft reichen. Sie richten sich vor allem gegen die multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft und gefährden das friedliche Zusammenleben. Aus diesem Grund ist es notwendig, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung dieser Phänomene einzudämmen. Dabei ist die europäische Städte-Koalition gegen Rassismus besonders geeignet. Denn mit dem Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus kann der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit strukturiert und wirksam angegangen und hätte symbolischen Wert. Zudem kann die Stadt XXX von der Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedsstädten profitieren und Synergieeffekte nutzen.

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus

Die Städte-Koalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Sie wurde am 30. Juni 2008 in Nantes (Frankreich) offiziell aus der Taufe gehoben und setzt sich aus regionalen Koalitionen zusammen, die in den letzten Jahren in Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika, Kanada und dem arabischen Raum entstanden sind.

Als erste regionale Koalition wurde am 10. Dezember 2004 in Nürnberg die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“ gegründet und ein „Zehn-Punkte-Aktionsplan“ mit

konkreten Handlungsbeispielen verabschiedet. Um die Koalition nachhaltig zu stärken, beschlossen die Mitgliedsstädte inzwischen, dieses kommunale Netzwerk auf eine rechtliche Grundlage zu stellen: Am 21. Februar 2008 wurde die "Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus" vom Amtsgericht Nürnberg als gemeinnütziger Verein anerkannt und ins Vereinsregister eingetragen. Seit 2015 ist ihr Präsident Benedetto Zacchiroli aus Bologna.

Ziele der Koalition sind:

- jede Form von Rassismus und Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu bekämpfen und dadurch einen Beitrag zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte sowie zur Achtung der Vielfalt in Europa zu leisten,
- die Mitgliedsstädte durch den am 10. Dezember 2004 in Nürnberg verabschiedeten „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ bei dieser Aufgabe zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, Prioritäten zu setzen, ihre Strategien zu optimieren und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren,
- das gemeinsame Interesse der Mitgliedsstädte gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat und den Regierungen der europäischen Staaten zu vertreten und zu fördern,
- die Kooperation mit Institutionen und Organisationen, die sich ebenfalls die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung zur Aufgabe gemacht haben, sowie mit anderen Städte-Netzwerken in Europa zu stärken,
- die europäische Öffentlichkeit durch Veranstaltungen und Informationsmaterialien für den Wert einer gerechten und durch Solidarität geprägten Gesellschaft zu sensibilisieren und sie zu motivieren, rassistischen und diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen entschieden entgegenzutreten.

Die Koalition ist inzwischen auf 123 Kommunen aus 23 europäischen Ländern angewachsen, die sich auf der Grundlage des "Zehn-Punkte-Aktionsplans gegen Rassismus" für die gemeinsamen Ziele einsetzen.

Anlagen:

- Der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene
- Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans
- Satzung der Städte-Koalition
- Beitritts- und Verpflichtungserklärung
- Allgemeine Informationen zur europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus
- Liste der Mitgliedsstädte



Member of
International Coalition
of Cities against Racism

Anlage 7.2

Der Zehn-Punkte-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus

Aufbau eines Überwachungs- und Solidaritäts-Netzwerkes

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Einrichtung eines Beratungsgremiums, in dem verschiedene gesellschaftliche Akteure vertreten sind (Jugendliche, Künstler, Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen, der Polizei, der Justiz, der Stadtverwaltung etc.), um die örtliche Situation einschätzen zu können.
- ☐ Entwicklung eines Systems in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, um rasch auf rassistische Handlungen reagieren und die zuständigen Behörden informieren zu können.
- ☐ Thematisierung von Rassismus und Diskriminierung in möglichst vielen Institutionen und Organisationen in der Stadt.

2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

Aufbau einer Datensammlung, Formulierung erreichbarer Ziele und Entwicklung von Indikatoren, um die Wirkung der kommunalen Maßnahmen bewerten zu können.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und Studien zur örtlichen Situation erstellen zu können.
- ☐ Entwicklung konkreter, stadt spezifischer Empfehlungen auf der Grundlage der Datenanalyse

3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

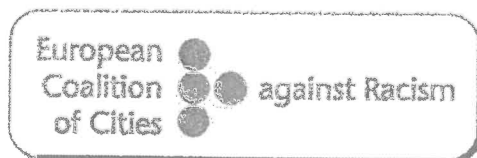
Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Einrichtung der Stelle einer Ombudsperson oder einer Anti-Diskriminierungs-Abteilung in der Stadtverwaltung, die sich mit entsprechenden Beschwerden befasst.
- ☐ Förderung örtlicher Einrichtungen, die Opfern rechtlichen und psychologischen Beistand leisten.
- ☐ Entwicklung vorbeugender Maßnahmen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung

Geschäftsstelle

Landeshauptstadt Potsdam – Dr. Ursula Löbel – Linda Fournet
Friedrich- Ebert- Straße 79/81 – 14469 Potsdam – GERMANY
Tel. +49 (0) 331 – 289 34 24/3 | Fax. +49 (0) 331 – 289 34 30
ECCAR@Rathaus.Potsdam.de
www.eccar.info



Member of
International Coalition
of Cities against Racism

- ☐ Einführung von Disziplinarmaßnahmen gegen Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung, die sich rassistischen Verhaltens schuldig gemacht haben.

4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürger/innen

Bessere Information der Bürger/innen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen, rechtliche Möglichkeiten und Sanktionen für rassistisches Verhalten.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Verbreitung von Publikationen, die über die Rechte und Pflichten der Bürger/innen in einer multikulturellen Gesellschaft, über die Anti-Rassismus-Politik der Stadtverwaltung, über Sanktionen für rassistisches Verhalten und über Kontaktadressen informieren, an die sich Opfer oder Zeugen gegebenenfalls wenden können.
- ☐ Regelmäßige Durchführung eines vielfältigen Veranstaltungsprogramms zum "Internationalen Tag gegen Rassismus und Diskriminierung" am 21. März, um die Öffentlichkeit zu informieren und zu sensibilisieren.
- ☐ Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen in ihren Bemühungen, über Rassismus und Diskriminierung aufzuklären und Aktionen gegen diese Phänomene zu entwickeln.

5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen Förderung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in städtische Verträge und bei der Vergabe von Lizenzen (z.B. Gaststätten, Diskotheken etc.).
- ☐ Öffentliche Auszeichnung von örtlichen Unternehmen, die den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv unterstützen.
- ☐ Wirtschaftliche Förderung diskriminierter Gruppen.
- ☐ Förderung von interkulturellen Fortbildungsangeboten für Firmenangestellte in Kooperation mit Gewerkschaften, Berufs-, Handels- und Industrievereinigungen.

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin, die gleiche Chancen nachhaltig fördert

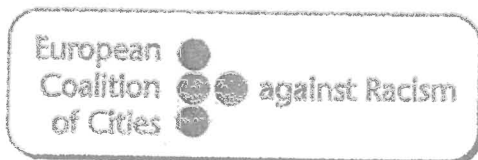
Die Stadt verpflichtet sich, als Arbeitgeberin und Dienstleisterin Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu gewährleisten.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Einführung von Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz innerhalb

Geschäftsstelle

Landeshauptstadt Potsdam – Dr. Ursula Löbel – Linda Fournet
Friedrich- Ebert- Straße 79/81 – 14469 Potsdam – GERMANY
Tel. +49 (0) 331 – 289 34 24/3 | Fax. +49 (0) 331 – 289 34 30
ECCAR@Rathaus.Potsdam.de
www.eccar.info



Member of
International Coalition
of Cities against Racism

der Stadtverwaltung.

- ☐ Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund und aus diskriminierten Gruppen in der Stadtverwaltung.

7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt

Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei Vermittlung und Verkauf von Wohnungen

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodices für städtische und private Unternehmen, die auf dem Immobilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen.
- ☐ Gewährung von Anreizen für Hauseigentümer und Immobilienmakler, die sich zur Einhaltung des städtischen Verhaltenskodex' gegen Diskriminierung verpflichten.
- ☐ Unterstützung von Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, bei der Suche nach Wohnraum.

8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung

Entwicklung von Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen; Förderung von Toleranz und interkultureller Verständigung durch Bildung und Erziehung.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen.
- ☐ Einführung einer Anti-Diskriminierungs-Charta für städtische Bildungseinrichtungen.
- ☐ Verleihung des Titels "Schule ohne Rassismus" als Auszeichnung für vorbildliche anti-rassistische Aktivitäten und Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schulischen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierung vergeben wird.
- ☐ Entwicklung von Lehrmaterial zur Förderung von Toleranz, Menschenrechten und interkultureller Verständigung.

9. Förderung der kulturellen Vielfalt

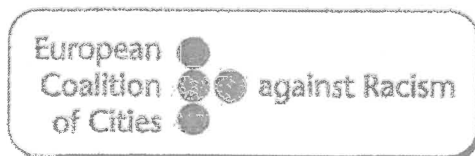
Förderung der kulturellen Vielfalt in den Kulturprogrammen, im öffentlichen Raum und im städtischen Leben.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Förderung der Herstellung von Filmmaterial, Dokumentationen etc., die es den von Rassismus und Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppen und Personenkreisen ermöglichen, ihre Anliegen und Erfahrungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu ma-

Geschäftsstelle

Landeshauptstadt Potsdam – Dr. Ursula Löbel – Linda Fournet
Friedrich-Ebert-Straße 79/81 – 14469 Potsdam – GERMANY
Tel. +49 (0) 331 – 289 34 24/3 | Fax. +49 (0) 331 – 289 34 30
ECCAR@Rathaus.Potsdam.de
www.eccar.info



Member of
International Coalition
of Cities against Racism

chen.

- ☐ Regelmäßige finanzielle Förderung von kulturellen Projekten und Begegnungsstätten, die die kulturelle Vielfalt der städtischen Bevölkerung repräsentieren. Integration dieser Programme in die offiziellen Kulturangebote der Stadt.
- ☐ Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze, etc.) zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen, bzw. entsprechende Ereignisse.

10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Entwicklung oder Unterstützung von Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten und Förderung des Konfliktmanagements.

Beispiele für Aktivitäten, u.a.:

- ☐ Einsetzung eines Expertengremiums (Wissenschaftler, Praktiker, Betroffene), das die Stadtverwaltung und die Bevölkerung berät, Konfliktsituationen analysiert und vor überreilten Reaktionen warnt.
- ☐ Entwicklung eines Angebots an Konfliktmanagement- und Mediationsprogrammen für relevante Institutionen wie Polizei, Schulen, Jugendzentren, Integrationseinrichtungen etc.

Geschäftsstelle

Landeshauptstadt Potsdam – Dr. Ursula Löbel – Linda Fournet
Friedrich- Ebert- Straße 79/81 – 14469 Potsdam – GERMANY
Tel. +49 (0) 331 – 289 34 24/3 | Fax. +49 (0) 331 – 289 34 30
ECCAR@Rathaus.Potsdam.de
www.eccar.info